

Warntag der Justiz, Kassenbons und Warnstreik

Wir machen weiter Druck!



dbb Tarifchef Volker Geyer bei den Demonstrierenden der komba gewerkschaft am 14. November 2023 in Hamburg

Die Mitglieder der Deutschen Justiz-Gewerkschaft (DJG), der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), der Gewerkschaft Strafvollzug (BSBD), der DVG, des BvLB und der komba gewerkschaft haben ihre Warnstreikaktivitäten und Demonstrationen intensiviert. Mittlerweile sollte jeder Landes-Finanzminister gemerkt haben, dass die Beschäftigten sauer auf die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) sind.

DJG: bundesweite aktive Mittagspausen

Dem Aufruf von dbb und DJG zu einem bundesweiten Aktionstag der Justiz am 14. November 2023 sind über 2.000 Justiz-Beschäftigte gefolgt. Sie haben sich vor dem nordrhein-westfälischen Justizministerium und, unter anderem, vor den Justizzentren von Magdeburg, Halle (Saale) und Potsdam, den Amtsgerichten Kleve, Essen, Dortmund und Hannover, den Oberlandesgerichten Köln und Hamburg sowie in Mainz zu Warnstreiks, Mahnwachen und aktiven Mittagspausen versammelt. „Die Blockadehaltung der Länder während der Tarifverhandlungen gefährdet die Aufrechterhaltung der Aufgaben des öffentlichen Dienstes“, stellte der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Andreas Hemsing auf der zentralen Kundgebung vor dem Düsseldorfer Justizministerium fest. „Sicherheit, Bildung und Finanzen sind Länderaufgaben. Rahmenbedingungen und Einkommen müssen für die Kollegen und Kolleginnen stimmen!“, sagte Hemsing vor etwa 250 Anwesenden. „Bei 550.000 offenen Stellen im öffentlichen Dienst werden die Menschen sonst dahin abwandern, wo diese Bedingungen besser sind.“ „Von den Kolleginnen und Kollegen in der Justiz werden täglich Höchstleistungen für das Gelingen unseres Rechtsstaates erwartet. Dafür müssen sie auch angemessen entlohnt werden!“, fordert auch der Bundesvorsitzende der Deutschen Justiz-Gewerkschaft (DJG), Emanuel Schmidt. Die Justizverwaltung müsse als Arbeitgeberin attraktiver werden. „Sonst gehen

dbb:
wir.
für euch.

10,5%
500 Euro
mindestens



14. November, Hamburg



14. November, Hamburg



14. November, Hamburg

dbb aktuell



Herausgeber:
dbb beamtenbund
und tarifunion
Friedrichstraße 169
10117 Berlin

Verantwortlich:
Volker Geyer
Fachvorstand Tarifpolitik

Fotos:
dbb hamburg, Kerstin
Seipt, Lisa Schmidt, Klaus
Zallmann, Alexander
Cicek, dbb Isa, DJG, Kevin
Hudzik, Becker und
Bredel, BLV, Wolfgang
Kleebauer, BVLB, DVG
Sachsen, Sabine Reitzig



14. November, Dortmund



14. November, Düsseldorf



14. November, Düsseldorf



14. November, Essen



14. November, Halle-Saale



14. November, Hamburg

die guten Leute, die wir haben, vor der Zeit, und der Nachwuchs, den wir dringend brauchen, kommt erst gar nicht. So fahren die Justizverwaltungen letztlich an die Wand!“, sagte Schmidt.

komba: Warnstreiks in Hamburg

Die komba gewerkschaft hamburg hat am 14. November 2023 zusammen mit dem dbb zu einem ganz-tägigen Warnstreik aufgerufen. Volker Geyer, stellvertretender dbb Bundesvorsitzender und Fachvorstand Tarifpolitik, betonte auf der Kundgebung die Dringlichkeit der Forderungen gegenüber der TdL: „Es ist ein verheerendes Signal, dass es von den Arbeitgebenden in den ersten zwei Runden keinen Schritt auf uns zu ging. Sie scheinen nicht erkennen zu wollen, dass unsere Forderungen ein wichtiger Schritt sind, um Personal zu gewinnen und zu halten. Der Personalnotstand, mit dem wir in fast allen Bereichen zu kämpfen haben, herrscht nicht erst seit gestern – das macht die Blockadehaltung so unbegreiflich.“ Der öffentliche Dienst der Länder stehe in der Personalgewinnung nicht nur in Konkurrenz mit der Privatwirtschaft, sondern auch mit Bund und Kommunen.

dbb hamburg Landeschef Thomas Treff verdeutlichte, dass diese Abwanderung bereits jetzt spürbar sei: „Auch in Hamburg sind die Lebenshaltungskosten vor allem in den letzten Jahren enorm gestiegen. Wer die Chance hat, für wenig Mehraufwand in einer umliegenden Kommune besser zu verdie-

10,5%
500 Euro
mindestens



14. November, Hannover



14. November, Potsdam



14. November, Potsdam



14. November, Köln



14. November, Köln



14. November, Mainz





13. November, Saarbrücken



13. November, Saarbrücken



14. November, Karlsruhe

nen als im Land Hamburg, wird diese nicht verstreichen lassen.“ Zudem sei die Anpassung des Entgelts eine Frage der Wertschätzung. Das gelte auch für Beamtinnen und Beamte, sagte Treff und unterstrich die Erwartung der Gewerkschaften, das Tarifiergebnis zeitgleich und systemgerecht auf den Beamtenbereich sowie Versorgungsempfängerinnen und -empfänger zu übertragen.

Der Landesvorsitzende der komba gewerkschaft hamburg, Jürgen Minners, hob derweil die finanziellen Schwierigkeiten, mit denen die Beschäftigten derzeit kämpfen, hervor: „Die Beschäftigten sind auf eine vernünftige Erhöhung ihrer Gehälter angewiesen. Viele Kolleginnen und Kollegen wissen teilweise nicht, wie sie bis zum Monatsende finanziell durchhalten sollen.“

DPoIG: Kassenbon-Aktion in Stuttgart

Bei der Aktion der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) am 15. November 2023 in Stuttgart machten die Mitglieder die klare Ansage, dass es sich die Beschäftigten der Polizei ohne eine Gehaltserhöhung kaum leisten können, ihre Arbeitskraft noch dem Land zu Verfügung zu stellen. Zudem müssen die Länder wieder konkurrenzfähig zu Bund und Kommunen werden, da sonst das Personal abwandert. Mit dutzenden Säcken voller Kassenbons machten sie auf die gestiegenen Lebenshaltungskosten für Beamte und Tarifbeschäftigte aufmerksam und forderten mehr Unterstützung. In den vergangenen Wochen hatten die Tarifbeschäftigten in der Polizei Kassenbons gesammelt. „Der permanente und steigende Personalmangel schwächt nicht nur den Staat und senkt die Leistungsfähigkeit immer weiter, sondern ist auch eine Gefahr für die Demokratie“, machte Edmund Schuler, Bundes- und Landestarifauftragter der DPoIG, im Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern des baden-württembergischen Landtags deutlich. Am Aktionstag besuchten Mitglieder der DPoIG-Tarifkommission unter Leitung von Edmund Schuler die baden-württembergischen Landtagsfraktionen.

DVG: Leipzig

In Leipzig haben am 14. November 2023 DVG-Mitglieder den Warnstreik an der dortigen Universität unterstützt und für ihre berechtigten Forderungen eingestanden.

DPoIG, DJG, BSBD: Saarbrücken

Die Mitglieder der dbb Gewerkschaften aus dem Justizbereich (DJG und BSBD) sowie der DPoIG sind am 13. November 2023 in den Warnstreik getre-

dbb:
wir.
für euch.



15. November, Stuttgart



15. November, Stuttgart



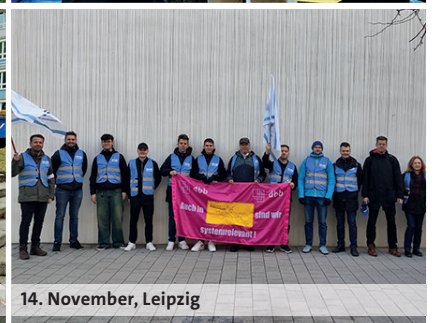
15. November, Stuttgart



15. November, Stuttgart



14. November, Tauberbischofsheim



14. November, Leipzig





14. November, Stuttgart



14. November, Dresden



14. November, Mannheim

ten und haben vor dem Justizministerium in Saarbrücken eine Kundgebung durchgeführt. Die mehr als 250 Teilnehmenden haben lautstark gezeigt, dass sie endlich ein Angebot der TdL wollen.

BvLB: Dresden, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim, Tauberbischofsheim




Am 14. November 2023 demonstrierten in der Mittagspause Mitglieder des Berufsschullehrerverbandes Sachsen (LVBS) am BSZ Elektrotechnik in Dresden für ihre berechtigten Forderungen. Die tarifbeschäftigten Lehrkräfte unterstrichen das mit einer Warnstreikstunde. Jürgen Fischer, Mitglied der dbb Bundestarifkommission und 2. Vorsitzender des LVBS erläuterte den Teilnehmern die Brisanz der Lage. Bereits jetzt sei es wichtig, die Menschen auf die Straße zu bringen und aktiv zu werden.

In Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Tauberbischofsheim gingen am gleichen Tag die Mitglieder des BLV Baden-Württemberg zu Mahnwachen auf die Straße – in Stuttgart vor das Finanzministerium – und zeigten der TdL die rote Karte.

Der dbb und die DPoIG helfen!

Als Gewerkschaftsmitglied der **Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG)** sind Sie sicher, immer nach Tarifvertrag bezahlt zu werden. Die 18 Landes- und Fachverbände der **DPoIG** mit ihren rund 100.000 Mitgliedern bieten ständige Kontakte ohne bürokratische Umwege. Als Gewerkschaftsmitglied unter dem Dach des **dbb** genießen Sie kostenlosen Rechtsschutz für alles, was im Zusammenhang mit der beruflichen Tätigkeit steht.

Nähe zu den Mitgliedern ist die Stärke der **DPoIG**. Wir informieren schnell und vor Ort über www.dpolg.de und www.dbb.de, durch Flugblätter **DPoIG aktuell** oder **dbb aktuell** und durch das Magazin **tacheles**. Grundsatzwerke und Kommentierungen erscheinen in der Reihe **Tarifschriften**.



Ich möchte zunächst DPoIG-Informationsmaterial erhalten.

Ich möchte ab _____ DPoIG-Mitglied werden.

Name* _____

Vorname* _____

Geb.-Datum _____

Straße* _____

PLZ/Ort* _____

E-Mail _____

Zutreffendes bitte ankreuzen*

<input type="checkbox"/> Beamter / Beamtin	<input type="checkbox"/> in Ausbildung
<input type="checkbox"/> Arbeitnehmer/in	<input type="checkbox"/> im Ruhestand
<input type="checkbox"/> Allg. Verw.-Dienst	<input type="checkbox"/> tech. Dienst
<input type="checkbox"/> Vollzugsdienst	

Bes./Entgeltgruppe _____

Teilzeit, Stunden _____

Dienstherr / Arbeitgeber _____

Amt / Dienststelle / Betrieb _____

Gewerkschaftsmitglied bei _____

von _____ bis _____

Datenschutzhinweis: Wir speichern und verarbeiten die uns mitgeteilten Daten, um den uns erteilten Auftrag zu erfüllen. Die mit einem Sternchen* versehenen Daten sind Pflichtdaten, ohne die eine Bearbeitung nicht möglich ist. Rechtsgrundlage der Verarbeitung ist Art. 6 (1) b DSGVO. Wenn Sie Informationen über eine Mitgliedergewerkschaft wünschen, so geben wir Ihre Daten dorthin weiter. Sonst erfolgt keine Weitergabe an Dritte, sondern lediglich an Auftragsverarbeiter. Wir löschen die Daten, wenn sie für die verfolgten Zwecke nicht mehr erforderlich sind. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung ist: Deutsche Polizeigewerkschaft, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin, Telefon: 030. 47 37 81 23, Telefax: 030. 47 37 81 25, E-Mail: dpolg@dbb.de. Sie können Ihre Einwilligung jederzeit widerrufen unter: E-Mail: dpolg@dbb.de. Informationen über Ihre Rechte als Betroffener sowie weitere Informationen erhalten Sie hier: www.dpolg.de/datenschutz/

Datum / Unterschrift _____

DPoIG Deutsche Polizeigewerkschaft Bundesgeschäftsstelle, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin
Telefon: 030. 47 37 81 23, Fax: 030. 47 37 81 25, E-Mail: dpolg@dbb.de, Internet: www.dpolg.de